

# CO<sub>2</sub>-Gesetz: Notwendiger Klimaschutz oder teures Sozialexperiment?

SVP-Nationalrat Michael Graber befürchtet bei einer Annahme des CO<sub>2</sub>-Gesetzes hohe Kosten für die Bergbevölkerung. Der Grüne Aaron Heinzmann findet, die Schweiz müsse ihre Verantwortung wahrnehmen. Ein Streitgespräch.

**Martin Meul**

**Michael Graber, das CO<sub>2</sub>-Gesetz sieht vor, dass Benzin teurer wird, dass mehr für Flugreisen bezahlt werden muss. Sie aber sagen: Das bringt nichts.**

Erstens einmal: Klima muss global betrachtet werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Schweiz macht lediglich ein Promille der weltweiten Emissionen aus. Was bringt es da, wenn sich die Bürger in der Schweiz hohe Abgaben auferlegen, um etwas CO<sub>2</sub> einzusparen, wenn gleichzeitig Länder wie China, Brasilien, Russland oder die USA das Tausendfache an Treibhausgasen ausstossen? Gegenwärtig sind weltweit rund 1000 Kohlekraftwerke, mitunter die grössten Emittenten von CO<sub>2</sub>, im Bau oder in Planung. Und wir in der Schweiz meinen, mit höheren Benzinpreisen das Weltklima retten zu können. Das ist doch naiv.

**Sie sagten erstens. Was ist der zweite Punkt?**

Nehmen wir den Oberwalliser. Dieser ist vielfach auf sein Auto angewiesen, um zur Arbeit zu kommen, um einzukaufen. Daran ändert sich nichts, auch wenn das Benzin teurer wird. Er muss Auto fahren. Das Einzige, was passiert, ist, dass das Gesetz für ihn das Leben teurer macht. CO<sub>2</sub> wird keines eingespart. Ähnlich ist es mit der Flugticketabgabe. Glauben Sie ernsthaft, dass jemand auf eine USA-Reise verzichtet, weil er 120 Franken mehr für den Flug bezahlen muss? Sicher nicht. Man hat das Geld für die Reise oder nicht.

**Aaron Heinzmann, mit etwas über acht Millionen Einwohnern scheint die Möglichkeit für die Schweiz, das Weltklima zu retten, tatsächlich sehr gering.**

Das ist doch keine Frage der Grösse des Landes. Wenn jeder Einzelne von uns denkt, ich muss keine Steuern zahlen, weil mein Beitrag sowieso nichts zählt, bricht das ganze System zusammen. Die Schweiz hat das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet. Damit haben wir uns verpflichtet, bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu werden. Es geht also nicht um die Frage nach der Grösse des Landes, sondern darum, was das Wort der Schweiz wert ist?

**Michael Graber, die Schweiz als reiches Land sollte doch wirklich mit gutem Beispiel vorangehen, auch wenn der Effekt nicht so gross ist.**

Wenn man bereit ist, den eigenen Wohlstand für diese moralische Überlegenheit zu opfern, kann man dieses Argument ins Feld führen. Das respektiere ich auch. Man muss sich einfach bewusst sein, dass das Leben teurer wird und der Wohlstand sinkt. Ich persönlich bin nicht bereit, diesen Schritt zu gehen. Denn ich bezweifle sehr, dass andere Länder, gerade die, welche es am meisten betrifft, da nachziehen werden.

*Aaron Heinzmann:* Das stimmt nur bedingt. Nehmen wir China. Die haben einen grossen CO<sub>2</sub>-Ausstoss, das ist richtig. China ist aber auch der grösste Ökostromproduzent der Welt. Es gibt dort Ideen, bis 2035 Autos, die mit fossilen Treibstoffen fahren zu verbieten. Auch die anderen Länder haben gemerkt, dass es so nicht weitergehen kann. Das würde am Schluss nämlich noch viel teurer werden. Zu sagen, dass nur die Schweiz etwas macht, stimmt deshalb nicht.

*Michael Graber:* Ich finde es fragwürdig, wenn man hier China als den grossen Innovationstreiber in Sachen Klimaschutz darstellt. China macht da etwas, wo es Geld zu verdienen gibt, ja. Es geht nicht um Klimaschutz, es geht um wirtschaftliche Interessen. Das ist hier in der Schweiz nicht anders. Es sind jene für das CO<sub>2</sub>-Gesetz, die das grosse Geschäft wittern. Das fängt bei den Baufirmen an, die sich durch den Klimafonds zusätzliche öffentliche Aufträge im Bereich der Bekämpfung von Naturgefahren versprechen, und geht bis zu den Produzenten von Technik für die Elektromobilität. Vielen Unterstützern geht es nicht um den Schutz des Klimas, sondern ums Geldverdienen.

**Aaron Heinzmann, ist das CO<sub>2</sub>-Gesetz eine goldene Gans für gewisse Industriezweige?**

Sicher, und das ist doch auch vollkommen legitim. Klimaschutz heisst ja nicht, dass wir aus der Welt ein Biotop machen wollen. Wir brauchen Industrie und Wirtschaft. Nur eben eine, die etwas anders gelagert ist, die sich von den fossilen Brennstoffen löst, neue Wege geht und neue Geschäftsfelder erschliesst.

**Michael Graber hat eingangs gesagt, das CO<sub>2</sub>-Gesetz bringe nichts, weil viele nicht aufs Autofahren oder aufs Fliegen verzichten wollen.**

**Und wer reich ist, kann sich aus seinen Klimasünden einfach freikaufen.**

*Aaron Heinzmann:* Das CO<sub>2</sub>-Gesetz setzt auf das Verursacherprinzip. Wer sich klimaschädlich verhält, der bezahlt mehr. Je reicher ein Haushalt ist, umso mehr CO<sub>2</sub> stösst er aus, das wissen wir. Die Autos und Häuser sind grösser, reiche Leute fliegen weiter und öfter. Hier setzt das Gesetz an, indem es sagt: Je mehr CO<sub>2</sub> du produzierst, umso mehr musst du für den Ausgleich zahlen. Ein grosser Teil der Lenkungsabgaben aus dem Gesetz fliesst dabei an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Heisst, wer klimaneutral lebt, kann sogar noch Geld sparen.

*Michael Graber:* Das mit dem Verursacherprinzip stimmt so natürlich nicht. Mieter bezahlen die CO<sub>2</sub>-Abgabe ganz einfach via Nebenkosten, sie können das Heizsystem nicht auswählen. Verursacher ist da eigentlich der Vermieter. Diese Ungerechtigkeit führt dazu, dass für Hauseigentümer kein Anreiz besteht, zu einer erneuerbaren Alternative zu wechseln.

**Nach den Berechnungen erhält eine vierköpfige Familie fast 400 Franken pro Jahr zurückerstattet. Michael Graber, wie kommen Sie dazu zu sagen, das Gesetz mache das Leben massiv teurer?**

Es kommt darauf an, wo man lebt. Die Bergregionen sind da bei die benachteiligten Regionen. Wie gesagt, ist es hier sehr schwer, auf das Auto zu verzichten. Nach Bürcchen fährt nun mal nicht alle fünf Minuten ein Bus. Ganz anders sieht es in den Städten aus. Da kann man gut auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Das heisst: Die ohnehin wirtschaftlich benachteiligten Randregionen bezahlen den Städtern ihren Lebensstil. Denn es ist ja so, Geld aus den Lenkungsabgaben bekommen alle, egal, wo sie wohnen, egal, wie die Voraussetzungen sind, CO<sub>2</sub> einzusparen.

**Aber auch die Oberwalliser bekommen Geld aus den Lenkungsabgaben.**

*Michael Graber:* Klar, aber wenn man pro Jahr 1200 Franken mehr bezahlt, aber nur 400 Franken zurückbekommt, hat man schlussendlich trotzdem weniger Geld im Portemonnaie. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz kostet nur für jene Familien nichts, die kein Auto haben, ausschliesslich mit dem Zug in die Ferien reisen und mit einer

Wärmepumpe heizen. Das entspricht nicht dem Durchschnittsbürger im Oberwallis.

**Aaron Heinzmann, nicht gerade eine gute Voraussetzung für die Oberwalliser Bevölkerung, dem Gesetz zuzustimmen.**

Was das Autofahren betrifft, sind Regionen wie das Oberwallis benachteiligt. Dafür bezahlt die Bevölkerung der Ballungszentren in anderen Bereichen mehr. So wird in den Kantonen im Mittelland öfters mit Öl und Gas geheizt, und die Bevölkerung fliegt dort öfters, bezahlt deshalb mehr Abgaben. Man muss aber betonen, dass die Bevölkerung der Bergregionen, auch wenn sie gewisse Nachteile in Kauf nehmen muss, die ist, die am ehesten auf das CO<sub>2</sub>-Gesetz angewiesen ist.

**Wie meinen Sie das?**

Wen trifft denn der Klimawandel am härtesten? Richtig, die Bergregionen. Wir sind es, die mit den Murgängen, den Felsstürzen, den schmelzenden Gletschern leben müssen. Ein Teil der zusätzlichen Abgaben fliesst ja in den Klimafonds, mit dem unter anderem Schutzbauten und so weiter in den Bergregionen finanziert werden. Davon profitieren wir doch massiv. Diese Investitionen schützen nicht nur unser Hab und Gut, sondern stärken auch unsere lokale Wirtschaft.

*Michael Graber:* Deshalb sind ja die Oberwalliser Bauunternehmer für das Gesetz. Es geht ums Geld. Wir werden aber keinen einzigen Erdbeben und keinen einzigen Gletscherabbruch mit dem Gesetz verhindern, denn Klima ist wie gesagt global.

*Aaron Heinzmann:* Die Massnahmen müssen ohnehin ergriffen werden, ob mit CO<sub>2</sub>-Gesetz oder ohne. Da ist es doch besser, wenn das Geld dafür von jenen kommt, die auch einen grossen Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoss haben, anstatt einfach über die Steuern die Kosten auf alle abzuwälzen, egal, ob jemand versucht, möglichst klimaneutral zu leben oder nicht.

**Genau das, was im Oberwallis mit seiner Topografie und dem eher dünnen ÖV-Angebot schwierig ist.**

*Michael Graber:* Es ist nicht nur die Mobilität. Faktisch sollen ja auch Ölheizungen verboten werden. In Zermatt oder Saas-Fee kann man nicht einfach darauf verzichten. Es gäbe innovative lokale Firmen wie die



Aaron Heinzmann will mehr Klimaschutz in der Schweiz.

Bilder: pomona.media/Pascal Guntern

Matterhorn Pellet AG, die Alternativen anbieten. Diese müsste man aktiv fördern, statt Ölheizungen einfach zu verbieten. Andere alternative Systeme wie Luftwärmepumpen funktionieren im Gebirge aufgrund der zu niedrigen Temperaturen nicht und Erdbohrungen sind aufgrund der Bodenbeschaffenheit nicht überall möglich. Stellen Sie sich vor, ein Rentnerpaar braucht in seinem Haus eine neue Heizung. Eine Ölheizung darf es nicht mehr einbauen, einen Kredit für eine teure Alternative gibt es von der Bank aufgrund des bescheidenen Einkommens aber auch nicht. Was sollen solche Leute machen?

zialpolitik, um diese Leute zu unterstützen.

*Michael Graber:* Genau mit dieser Aussage entlarven sich die Befürworter selbst. Es geht eben nicht ums Klima, es geht um Umverteilung. Um mehr Sozialstaat. Man will nicht das Klima ändern, man will das System umbauen. Greta Thunberg hat ja zu «system change not climate change» aufgerufen.

*Aaron Heinzmann:* Das ist doch an den Haaren herbeizogen. Alle Parteien, ausser der SVP, sind für das Gesetz. Auch die FDP. Bei denen von sozialistischen Motiven zu sprechen, ist lächerlich.

*Aaron Heinzmann:* Ja, es gibt diese Fälle. Das Rentnerpaar, das sein Auto braucht, das eine neue Heizung einbauen muss. Der Fokus auf diese Einzelfälle darf aber nicht das Hauptziel der Klimapolitik sein. Für solche Fälle brauchen wir eine griffige So-

cialpolitik, um diese Leute zu unterstützen.

**Der Klimawandel ist aber Fakt. Dem kann doch die SVP nicht einfach zuschauen.**

*Michael Graber:* Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Kopf ist in den letzten zehn Jahren in der Schweiz um gut 25 Prozent zurückgegangen. Ganz ohne CO<sub>2</sub>-Gesetz. Da kann doch von zuschauen keine Rede sein.

**Der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Schweiz ist aber nicht in gleichem Masse zurückgegangen.**

*Michael Graber:* Natürlich, es wohnen ja auch jedes Jahr bis zu 80 000 Menschen mehr im Land. Die produzieren halt CO<sub>2</sub>. Aber der Pro-Kopf-Ausstoss geht dank unserer innovativen Unternehmen – und nicht dank neuer Vorschriften – zurück.



Michael Graber befürchtet gravierende Nachteile für das Oberwallis.

Man kann nicht jedes Jahr noch mehr Leute ins Land lassen und meinen, die Schweiz als Ganzes müsse trotzdem weniger CO<sub>2</sub> ausstossen.

*Aaron Heinzmann:* Die Klimaziele des alten CO<sub>2</sub>-Gesetzes haben wir schlicht nicht erreicht. Deshalb brauchen wir Rahmenbedingungen, wenn wir zu unserem Wort, das wir in Paris gegeben haben, stehen wollen.

*Michael Graber:* Ich bezweifle aber, dass uns die gelingt. Denn das Gesetz hat ein grosses Problem. Es unterbindet einen grossen Teil der Innovation. Diese ist es aber, mit der wir am meisten CO<sub>2</sub> einsparen können. Mit dem Gesetz wird faktisch ausschliesslich auf Elektromobilität gesetzt. Das ist fatal, denn auch im Bereich der Verbrennungsmotoren gibt es noch grosses Potenzial. Genauso wie im Bereich der Wasserstofftechnologie. Ausserdem, und das weiss

man, sind auch Elektroautos problematisch für die Umwelt.

*Aaron Heinzmann:* Betrachtet man den gesamten Lebenszyklus eines Elektroautos, von der Herstellung bis zur Entsorgung, so schneidet dieses schon heute deutlich besser ab als ein mit Verbrennungsmotor. Wenn wir Innovationen in dem Bereich stärker fördern, so wird diese Umweltbilanz noch besser. Ausserdem dürfen wir nicht vergessen, dass es ja nicht nur um die privaten Autos geht. Elektromobilität soll auch im Transportwesen und im ÖV ausgebaut werden. Dafür braucht es die Forschung, die mit den Geldern aus dem Klimafonds unterstützt werden kann.

**Fassen wir zusammen. Michael Graber, warum sagen Sie am 13. Juni Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz?**

Ich will kein Gesetz, das für den Klimaschutz wenig bis nichts bringt, das Leben aber teurer

macht und Besserverdiener bevorzugt. Vielmehr sollten wir Innovation fördern, aber ohne die einseitige Fokussierung auf die Elektromobilität. Ausserdem ist dieses Gesetz nur der erste Schritt dahin, unsere Lebensweise grundlegend zu ändern. Als Nächstes werden dann wohl unsere Essgewohnheiten ins Visier genommen und Lebensmittel wie Fleisch, deren Produktion mehr CO<sub>2</sub> verursacht, verteuert.

*Aaron Heinzmann:* Betrachtet man den gesamten Lebenszyklus eines Elektroautos, von der Herstellung bis zur Entsorgung, so schneidet dieses schon heute deutlich besser ab als ein mit Verbrennungsmotor. Wenn wir Innovationen in dem Bereich stärker fördern, so wird diese Umweltbilanz noch besser. Ausserdem dürfen wir nicht vergessen, dass es ja nicht nur um die privaten Autos geht. Elektromobilität soll auch im Transportwesen und im ÖV ausgebaut werden. Dafür braucht es die Forschung, die mit den Geldern aus dem Klimafonds unterstützt werden kann.

**Aaron Heinzmann, warum stimmen Sie Ja?**

Wir stehen in der Verantwortung, unseren Kindern eine bewohnbare Welt zu hinterlassen. Damit wird unsere Klimaziele erreichen können, brauchen wir gewisse Rahmenbedingungen. Mit den vorgesehenen Massnahmen bekommen wir griffige Instrumente dafür in die Hand. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist sozial verträglich und fördert Investitionen dort, wo wir sie tätigen müssen. Auch im Berggebiet.